

Beschlussvorlage

zur Vorberatung im **Verwaltungsausschuss**
zur Behandlung im **Gemeinderat**

Betreff: Beitritt der Stadt zur Kampagne „Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe,,

Bezug:

Anlagen: 0

Beschlussantrag:

Die Universitätsstadt Tübingen tritt der Kampagne „Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe“ bei.

[

| Finanzielle Auswirkungen | HH-Stelle | 2018 |
|---|-----------------|----------|
| Verwaltungshaushalt | | |
| Kunst und Gedenken im öffentlichen Raum | 1.3400.7020.000 | 23.270 € |

Ziel:

Bekennnis der Universitätsstadt Tübingen für eine Welt ohne die Todesstrafe.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Seit 2002 organisiert die katholische Gemeinschaft Sant' Egidio die internationale Kampagne „Cities for Life“, Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe“, um auf kommunaler Ebene Menschen für die wichtige Frage des Lebens zu sensibilisieren und auf die Ungerechtigkeit der Todesstrafe aufmerksam zu machen.

2. Sachstand

Auf Initiative mehrerer Menschenrechtsorganisationen dient das Kolosseum in Rom seit 1999 als Monument gegen die Todesstrafe. Es wird immer, wenn ein Todesurteil ausgesetzt wird oder ein Staat dieser Welt die Todesstrafe abschafft, 48 Stunden lang in bunten Farben angestrahlt. Am 30. November jeden Jahres findet die Aktion *Cities for Life* („Städte für das Leben“) statt, bei der Städte für die Abschaffung der Todesstrafe werben und dazu etwa indem sie ein Wahrzeichen ihrer Stadt beleuchten. Die Gemeinschaft Sant' Egidio initiierte diese Aktion 2002. Das Datum wurde ausgewählt, da am 30. November 1786 das Großherzogtum Toskana als erster Staat der Welt die Todesstrafe abgeschafft hat.

Derzeit sind über 2.000 Städte auf fünf Kontinenten an der Kampagne beteiligt. In Baden-Württemberg beteiligen sich unter anderem Stuttgart, Freiburg, Konstanz, Böblingen und Villingen-Schwenningen an der Kampagne.

3. Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor, dass Tübingen der Kampagne „Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe“ beiträgt und damit zeigt, dass sie die Ziele der Kampagne teilt.

Das Tübinger Rathaus wird künftig am 30. November eines jeden Jahres mit dem Kampagnenlogo und der Schrift „Tübingen sagt Nein! Städte gegen die Todesstrafe“ angestrahlt.

Zudem hat sich Amnesty International Tübingen bereit erklärt, parallel dazu im Rathaus über das Thema zu informieren.

4. Lösungsvarianten

Tübingen tritt der Kampagne nicht bei.

5. Finanzielle Auswirkungen

Die Verwaltung hat ein Angebot der Firma leucht-werk vorliegen, die u. a. im Rahmen der ChocoArt die Kunstlichtprojektionen an Gebäuden der Altstadt durchführt.

Die Kosten für eine Vorab-Probeillumination, das Einrichten des Projektors und das Erstellen der Motivvorlage unter Verwendung des Logos des Aktionstages betragen rund 900 Euro. In den Folgejahren sinken die Kosten. Findet die Beleuchtung im Zeitraum der ChocoArt statt, betragen die Kosten rund 250 Euro, außerhalb der ChocoArt rund 720 Euro. Die Kosten werden aus der HH-Stelle 1.3400.7020.000, Kunst und Gedenken im öffentlichen Raum finanziert.

